

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk., durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. ausföhr. Bestellgeb.; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

Anzeigenpreis: Für die einbaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., im Restamteil 75 Pfg., Chiffrenzeilen und Nachweisungen 20 Pfg. mehr. Waportschritt ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Aufnahme: 9 Uhr vormittags.

Nr. 283

Dienstag den 3. Dezember 1918

45. Jahrg.

Die Widerfürmer.

Es gehört zu den gefährlichsten Klippen jeder Revolution, daß sie das Gedächtnis für die Geschichte und alles das, was vorher gewesen ist, verliert. So verfallt sie dem Wahne, daß die Welt mit dem Tage der Revolution völlig neu geworden sei und daß man auf alles das, was bis dahin bestanden, nicht die geringste Rücksicht zu nehmen brauche. Wenn die deutsche Revolution von 1918 ihr bisheriges Erträgnis nicht auf das schwerste gefährden will, so wird sie sich vor solchen Irrtum hüten müssen. Dies gilt vor allem für die überaus wichtige Frage, wie es künftighin um das Verhältnis von Staat und Kirche bestellt sein soll. Wenn die Männer, die jetzt in der preussischen Regierung sitzen, wirklich glauben sollten, daß mit einem Federstrich und durch ein diktatorisches Dekret eine jahrhundert alte Verbindung zu zerreißen sei, so werden sie sich auf das empfindlichste irren. Sie werden nicht nur am Heilen Petri, sie werden auch an der Gemeinde Luthers föhlig scheitern. Es gehört schon sehr viel Reife dazu, um anzunehmen, daß das deutsche Volk, von dem Millionen auf das innigste mit der Kirche verwachsen sind, sich von heute auf morgen diese Kirche in Trümmer schlagen ließe. Man braucht das Problem, um das es sich hier handelt, nur einmal halbwegs durchzudenken, um sofort auf tausend Schwierigkeiten zu stoßen. Aber selbst wenn alle diese staatsrechtlichen, juristischen, finanziellen und selbst ausenpolitischen Bedenken überannt werden könnten, so würde doch ein Widerstand unüberwindlich sein, nämlich die Gesinnung und das von Vätern und Helden erteilte, tief in der Seele vergrabene Empfinden der deutschen Nation. Eine Revolution, die in den Herzen ungezählter Mütter, Frauen und Kinder das Beste, was diese alle ihr eigen nennen, zerstören will, muß und wird eine katastrophale Niederlage erleben. Die „Germania“, das führende Berliner Blatt, erinnert daran sehr richtig daran, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß ein viel Bewulgter als Herr Adolf Hoffmann geäußert hat, mit dem Glauben von mehr als einem Drittel der Bevölkerung spielen zu können. Auch wir möchten meinen, daß der Ausgang des Kampfes, durch den Bismarck seinen ersten, nie wieder ganz geöffneten Wund empfang, Wahrung genug sein kann, sich nicht an die Torheiten und Brutalitäten einer neuen Widerföhrerei zu verlieren, und dies jetzt um so weniger, als neben dem Katholizismus auch der Protestantismus stehen würde. Wir haben wirklich bestes zu tun, als den größten Unfug, durch den sich schon die französische Revolution blamierte, nachzuahmen, der Götzin der Vernunft das Opfer der höheren Einsicht zu bringen. So versteht es sich eigentlich von selbst, daß die Alarmnachrichten schon wieder abgelesen werden. Konrad Haenrich, Adolf Hoffmanns Gehilfe im preussischen Kultusministerium, erklärt ausdrücklich, daß alle Nachrichten über eine föhrstige Trennung von Staat und Kirche unfundiertes Gerücht seien, und daß keiner der verantwortlichen Männer daran denke, mit Bombardismus in das Heiligum des Volkes einzufallen. Wenn wir nun auch solchen Worten glauben wollen, so halten wir es doch für richtig, auf der Wacht zu sein, um jeglichen Anschlag schon im Keime zu ersticken.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Die geplante Forträmmung Deutschlands.

Aus dem Haag wird gemeldet: Die Situation auf feindlicher Seite wird folgendermaßen gefchildert: Durch den ursprünglichen Waffenstillstand und Americas sind die Waffenstillstandsangelegenheiten in die Hände Föhrs übergegangen. Seine Kommissare geben ihm eine außerordentliche Machtbefugnis auch in politischer Beziehung, deren Bedeutung weder von England noch von America gons überschätzt worden ist, als sie erteilt wurde. Auch der Oberbefehl zu nehmen, als sie beschränkt, würde peinlich sein. Der Zustand ist so, daß praktisch das politische Verhalten der Verbündeten zu Deutschland von den französischen Militärs kontrolliert wird. Damit ist nicht gesagt, daß nicht eine bestimmte politische Richtung hinter Föhrs liegt, die gegenüber Andersdenkenden die fortwährende Waffenstillstand Deutschlands behauptet oder als wichtigsteinsten Punkt, um so für Föhrs Plan Zeit zu gewinnen. Von einer Wiederannahme der Feindseligkeiten werden folgende

Neueste Nachrichten.

Das Friedensprogramm ohne Wilson.

Basel, 2. Dez. (Frib.-Telegr.) Nach einem amtlichen Bericht sollen die Londoner Verhandlungen die Organisation der Friedensverhandlungen zum Gegenstand haben. Die europäischen Verbündeten wollen sich offensichtlich noch vor dem Eintreffen des Präsidenten Wilson über ihr gemeinsames Friedensprogramm einigen. Auch der Präsident des tschechisch-slowakischen Staates Masaryk werde teilnehmen.

Uebergabe der Schwarzermeeflotte an die Entente.

Aus dem Haag, 2. Dez. (Frib.-Telegr.) Aus London wird gemeldet: Die Admiralität teilt mit, daß die alliierte Flotte am 26. November der Schwarzsee abgibt. Die russischen Schiffe, sowie mehrere deutsche U-Boote im Schwarzen Meer haben sich ergeben.

Die Befreiung der Rheinlande.

Genf, 2. Dez. (Frib.-Telegr.) Das Rotes Kreuz des französischen Kriegsministeriums hat folgende Mitteilung veröffentlicht: Die Befreiung der Rheinlande durch die Entente ist endgültig wie folgt geregelt: Die Belgier werden die Gegend von Düsseldorf befreien, von der holländische Grenze bis zur englischen Bucht. Diese umfaßt die Gegend von Köln mit dem Hinterland zwischen der deutschen Grenze und dem Rhein. Die Amerikaner schließen sich föhlich an die Engländer an. Sie befreien Aachen und das Sinterland bis zur luxemburgischen Grenze. Nichts von ihnen belegen die Franzosen Mainz, das Großherzogtum Luxemburg und die Pfalz.

Wichtige Zusammenkünfte in Waage.

Wahagen, 2. Dez. (Frib.-Telegr.) Auf dem Wahagen wurde am 2. Dezember die Bahndirektion des A. und S. Staats und eines aus dem Föhrs entstehenden Verkehrsministeriums zu blühendem Zusammenh. Frontgruppen hatten einen Bahnpolizisten niederschlagen. Darauf entwickelte sich ein Feuergefecht, wobei auch Wagnitzgenwehr in Tätigkeit traten. Dabei wurden vier Frontpolizisten schwer verletzt. Garbitten kärmten alsdann das Amtschäude vor dem Bahnhof. Hierbei wurde ein 9jähriger Knabe getötet, ein Garbist an Bahnpolizisten verletzt.

Die Internierung der Madensen-Truppe.

Wadapest, 2. Dez. (Frib.-Telegr.) Gestern begab sich eine Kommission zum Feldmarschall Madensen nach Wadapest, um ihm mitzuteilen: Der Verband sollte daran sein, daß die auf ungarischem Gebiet weilenden deutschen Soldaten interniert werden. Wahrscheinlich kann die Internierung im Einvernehmen mit Madensen erfolgen, zumal nach den vorbereitenden Verhandlungen mit den maßgebenden Berliner Kreisen Madensen im Besitz eines derartigen Befehls der deutschen Regierung ist.

Nahrungsmittel für Deutschland.

Berlin, 2. Dez. Die amerikanische Regierung hat, wie die „Times“ aus New York erfahren, 32 chemische deutsche Handelschiffe gemietet, die Nahrungsmittel nach Deutschland überbringen werden. Die Verladung wird aber nach einer Mitteilung Langlans im Senat erst beginnen, nachdem in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben. Die „Wohlfahrt“ fragt, sollte es angeht, dieser neuesten Erklärung Langlans ist möglich sein, die Wahlen zur Nationalversammlung noch jetzt auf einen früheren Termin zu versetzen?

Vorteile erwarbt: Auflösung der deutschen Armee durch Gefangenahme oder völlige Befreiung der Verbände, Niederbruch der wirtschaftlichen Organisation der entscheidenden Bundeszelle, daraus und aus der erweiterten Befreiung die Möglichkeit, unter dem Vorwand von Kriegsverhandlungen große materielle Vorteile aus Deutschland zu ziehen durch eine von der Entente diskret bewerkstelligte Abgabenorganisation aller Art. Ferner wird erwartet die politische Einwirkung der Entente in dem erweiterten Gebiet, entsprechende Rückmeldung auf das noch unbestimmte Gebiet und der Gewinn in Berlin. In der weiteren Folge vor allem Erzeugung einer internationalen Solidarität, besonders der Arbeiter.

Wieviel Kriegskosten Deutschland zahlen soll.

In feiner Rede in New Castle sagte Lloyd George, der Frieden müsse von strenger Gerechtigkeit sein. In Bezug auf die Entschädigungsfrage erklärte er: Es wurde der Grundlag vorkommend, daß der Berliner Gesandten die Grundlagen werden wie jetzt anwenden. Deutschlands muß die Kosten des Krieges bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen. Es darf aber Deutsch-

land nicht erlaubt werden, seine Schulden dadurch abzutragen, daß es billige Waren nach England schenkt. Meinen, die unsere Gefangenen unmenflich behandeln, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Großbritannien wird mit reinem Gewissen zum großen Gerichten gehen, nicht aber nach dem Siege seine Machtpolitik verfolgen.

Willkürliche Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen.

Die Franzosen stellen neuerdings die Forderung, daß ihnen Deutschland große Lebensmittel zu liefern muß, obwohl danach im Waffenstillstandsvertrag nicht das mindeste steht und obwohl sie bisher mit diesem Verlangen noch nicht hervorgetreten waren. Selbstverständlich entspricht diese Spezialisierung der Forderung nicht den Waffenstillstandsbedingungen. Die Amerikaner erklärten französische Offiziere, daß Beschuldigungen und das Coarctieren französisch seien und bleiben und daß von einer Volksabstimmung keine Rede sein könne. Sie fügten hinzu, daß wenn das übrige Rheinland sich für Frankreich erkläre, Frankreich alles tun werde, um seinen „berechtigten“ Wünschen Befriedigung zu verschaffen.

Die Entente gibt nicht nach.

Die Entente verlangt trotz der deutschen Vorstellungen mit Nachdruck die frühmögliche Abfertigung der Transporthilfe, deren Ubergabe im Waffenstillstandsvertrag angeordnet worden ist. Die Stimmung des linken Abgeordnetes geht weiter pessimistisch vorwärts. Der amerikanische Lebensmittelkontrollierer Hoover wird in den nächsten Tagen in S. d. eintreffen.

Ort und Datum der Friedenskonferenz noch unbestimmt.

Aus London wird gemeldet: Von maßgebender französischer Seite wird mitgeteilt, daß das Datum der Zusammenkunft der Friedenskonferenz sowie der Ort, wo die Verhandlung stattfinden, noch nicht amtlich festgelegt worden ist. Man redne aber damit, daß die Friedenskonferenz Ende Januar zusammenzutreten werde.

Die Stimmung des linken Abgeordneten.

Das linke Parlamentarische gibt bekannt: Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt die Entente, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember um 6 Uhr vormittags den Rhein überschritten haben sollen.

Die schwarzen Truppen der Pfalz.

Der Oberkommandant der Pfalz, Hauptmann Göttsch, meldet: 1. Das Genarmementummando Göttsch berichtet am 26. November vormittags: Zwischen 10 und 11 Uhr wurde auf dem Feldwege von Nieder-Gailbach nach Göttsch im Bezirksteile St. Ingbert von einem Soldaten der feindlichen Besatzungsarmee — ein Neger von der Insel Madagaskar — an der Wauerstodter Anna Krämer von Nieder-Gailbach das Verbrechen der Mordthat verübt. Der Mordfall wurde dem in Nieder-Gailbach untergeordneten Offizier der Genietruppen gemeldet. 2. Bezirksteil Rosbrüden berichtet unterm 28. November um 26. November zwischen 6 und 7 Uhr wurde die feindliche Anna Stol von Wausbach bei Wornach von einem französischen Soldaten in Uniform (weißer Franzose) verewunden. Dieser ist zu bemerken, daß an der Stützlinie des Besatzungsarmees französische Wagnitzgenwehr, französische Neger und Fremdenlegionäre stehen. In Göttsch, Bezirksteil Birnstein, obfichtig der französische Major, welcher dem Bezirksteilkommandant mit Eintritten gedroht hatte, den protestantischen Pfarrer, weil ihn dieser nicht begrüßt hatte.

Aber den geordneten Rückmarsch deutscher Armeen von der Westfront liegen eine ganze Reihe von Berichten aus Frankfurt a. M., Düsseldorf, Essen, Dortmund usw. vor. Überall wurde den Truppen von der Bevölkerung ein herzlicher Empfang bereitet.

Unsere einflussige Flotte.

Wie wir von ausländischer Stelle hören, ist die Abgabe von Kriegsschiffen zur Internierung zu Ende, bis auf das Linienschiff „König“, den Kreuzer „Dresden“ und ein Torpedoboot. Letztere werden Anfang Dezember nach England überführt werden. Die letzte deutsche U-Boot-Staffel ist am 20. November von Göttsch in See gegangen. Es sind damit im ganzen 122 U-Boote zur Abfertigung gelangt. Mit dieser Staffel feiert auch ein Dampfer, der die noch abzuliefernden Kriegsschiffe überführt. In der Dürse sind die Munitionskanonen an den Mäusen- und Meßherren im Gange. Sowohl der Gangeland-Welt wie der Sund sind ohne Kriegsschiffe verbleibt. Damit sind die Wege in die Dürse frei und die beschleunigten Verhandlungen des Waffenstillstands erfüllt. Auch die Transporthilfe in der Dürse wird in die Wege geleitet. Hierzu sind auch die von Petersburg kommenden Kohlenkommissare bei ihrer Rückkehr angekommen worden. Man hofft, aus Russland und Neutralen den Abtransport in 14 Tagen zu bewerkstelligen. Es folgt vom der Abtransport aus Sibon, der längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Aber den Wissenschaftler der deutschen Wissenschaft in England ist noch nichts Näheres bekannt. Nach den letzten Meldungen haben sie zur Freude sich von dort. Aber die Munitionskanonen in der Nordsee schwächen mit England zurecht noch Verhandlungen. Die

in Schottland liegen russische und deutsche Schiffe
sind an die Küstern übergeben worden.
Das letzte deutsche U-Boot Interieur.
Das letzte deutsche U-Boot, U. 170, ist am Sonn-
abend in England interniert worden.
Das Schiff ist der Strafte und Verwundeten im besetzten
Gebiet.

Aus Berlin wird gemeldet: Nicht transportfähigste
Kranke und Verwundete, die in dem zu bestehenden
deutschen Gebiet zurückbleiben, werden zurückge-
geben, sobald sie transportfähig sind. Die transport-
fähigen dagegen werden gefangen gesetzt. Kranke
und verwundete Soldaten in Quartieren müssen, sobald sie
transportfähig sind, weiter befördert werden.
Von Krankenkassen der Bevölkerung in Deutschland em-
sprechend, wird die Stadt, sobald sie möglich von den
Truppen der Alliierten besetzt werden, wahrscheinlich noch
am Sonntag, in Köln dürfte ein Vormarsch der
Alliierten schon in den nächsten Tagen eintreffen.
Teile der Armee Madras in Oberberg eingetroffen.
Die aus Berlin gemeldete, sind drei Infanterie-
Regimenter der Westfront in Madras eingetroffen — Es handelt sich wahrscheinlich um Truppen,
die aus Frankreich bei der Fühlung mit dem Haupt-
quartier der Armee verloren hatten und auf eigene Faust der
Deimat entflohen waren.

Die Teilnahme der Mittelmächte am Friedenskongress.
Aus Zürich wird gemeldet: Die Schweizerische Tele-
grapheninformation über diplomatische Seite in
Bern, daß die Teilnahme der Mittelmächte am Friedens-
kongress sich den letzten Verhandlungen zufolge nur auf die
Unterzeichnung des Friedensvertrages be-
schränken werde.

Wie der Völkerverband nach italienisch-französischen Siegen
aussehen soll.
Die gesamte französische und italienische Presse will
Deutschland in den nächsten Völkerverband einbeziehen
nicht oder nur in abhängiger Stellung ohne Gleichberech-
tigung haben. Dagegen wird ein Bund der West-
mächte lebhaft propagiert. Der Kaiser König Georgs
gibt der französischen Presse Gelegenheit, warum für die
Erweiterung, Befestigung und Umgestaltung des Völkerver-
bandes mit England einzutreten. Die Völkerverbande
Hellas und die Völkerverbande der Welt.
Hellas werde durch dieses Bündnis in der neuen Welt
eine energiegeliche Rolle spielen.

Die Lage im Reich.

Die Wahlordnung zur konstituierenden National- versammlung.

bestimmt, daß auch Personen des Soldatenstandes berech-
tigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom
Wahlrecht ist: 1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger
Vormundschaft steht; 2. wer kraft rechtmäßigen Urteils der
bürgerlichen Ehrenrechte ermangelte. Ausgenommen ist
von diesem Ausschluss derjenige, der durch die Verurteilung
des Wahlrechts, der Ehrenrechte, der Berechtigung zum
Wahlrecht ist einjährige Freiheitsstrafe. Auf durch-
schnittlich 150 000 Einwohner, berechnet nach der Volks-
zählung vom 1. Dezember 1910, entfällt ein Abgeordneter.
Die Wahlkreise umfassen mindestens 75 000 Einwohnern im
Wahlkreis sind nicht mehr als 100 000. Der Wahl-
kreis ist so zu bestimmen, daß die Wahlkreise möglichst gleich
sind.

Die Wahlberechtigung müssen von mindestens 100 Wahl-
berechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie
dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im
Reich zu wählen sind. Mehrere Wahlberechtigte können
einander verbunden werden. Die Verbindung muß
von den Unterzeichneten der betreffenden Wahlberech-
tigten oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem
bestimmten Termin beim Wahlvorstande angebracht werden.
Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurück-
genommen werden.

Die Prüfung der Wahlberechtigung und der Verbindung
der Wähler wird in jedem Wahlkreis ein Wahlamt aus
einem Vorsitzenden und vier Beisitzern gebildet, der mit
Stimmeneinheit entscheidet.

§ 9 der Wahlordnung enthält die Bestimmung: Für
den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene
Freiwahlverbände außerhalb des Reiches befinden, bleibt der
Ertrag einer oder mehrerer Freiwahlverbände, wonach die
Angehörigen dieser Freiwahlverbände nach ihrer
Häufigkeit, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgesange-
nen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer
besonderen Abordnung abgerechnet, der verfassungsgemäßen
deutschen Nationalversammlung zuzurechnen.

Der Wahlordnung ist noch folgendes zu entnehmen: Es
sollen nach Geschlechtern getrennte Wählerlisten angelegt
werden. Jeder Wahlkreis hat durchschnittlich 2500,
höchstens 3000 Einwohner umfassen. In jedem Wahl-
kreis soll ein Vertretermann besetzt werden, der mit
dem Wahlamt über die Befreiung von Wahlen des
Wahlberechtigten usw. verhandelt. Die Abstimmung
beginnt bis 8 Uhr abends. Die Prüfung des Abstimmungs-
ergebnisses muß spätestens am folgenden Tage erfolgen.

Die 33 Abgeordneten verteilen sich wie folgt:
Düsseldorfer 14, Berlin 14, die Reichs-
tagabgeordnete 1, Bismarck 1, 10, Wahlkreis Borsdam 10,
Regierungsbezirk Frankfurt a. O. 8, Bonn 11,
Köln 14, Regierungsbezirk Westfalen 12, Düssel 15, Rhein-
land 8, Magdeburg mit Anhalt 11, Merseburg 9,
Schleswig-Holstein mit Fürstentum Lüneburg 11, Kur-
hessen mit Oberhessen 7, Hannover, Niedersächsien, Him-
burg, Braunschweig 16, Münster, Minden, Kreis Schaumburg
und Heide 13, Arnberg 16, Hessen-Nassau,
Kreis Hephlar, Waldeck 15, Köln, Aachen 13, Koblenz,
Trier, Birkenfeld 12, Düsseldorf 1-6, 12, Düsseldorf 6
bis 11, Oberhessen und Schwaben 15, Niederhessen
mit Oberhessen 9, Ober- und Unterhessen 15,
Köln 6, die höchsten Reichstagsabgeordnete 1-9, 12, die
höchsten Kreise 10-14; 8 und die Kreise 15-29, 12,
Kreistage und Tagstages 9, Schwarzrücken, Donau-
kreis und Eimaringen 8, Baden 14, Sassen 9, beide West-
falen mit 14, die thüringischen Staaten und Regie-
rungsbezirk Erfurt 14, Samburg, Bremen und Stade
12, Oldenburg 12.

Fast 40 Millionen Wähler!

16 Millionen männliche und 21 Millionen weibliche
Wahlberechtigte.

Knapp wird mitgeteilt: Das Wahlrecht ist durch die
Verordnung vom 12. November 1910 ausgedehnt worden:
a) auf die Frauen, b) auf die 20- bis 25-jährigen, c) auf

die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von
1912 14,4 Millionen Wahlberechtigte waren und von diesen
12,5 Millionen = 85 Prozent an den Wahlen beteiligt
waren, werden infolge der Ausdehnung des Wahlrechts bei
den Wahlen zur verfassunggebenden National-
versammlung schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, da-
unter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein.

Zum Eingreifen der Entente in Rußland
schreibt der „Vorwärts“: So weit hat es der Bolschewis-
mus glücklich gebracht. Statt dem russischen Volke eine
glückliche Zukunft und selbständige Entwicklung zu sichern.
Statt alle Kräfte des Landes für den Aufbau eines neuen
russischen Staates zusammenzufassen, hat er stattdessen ge-
schaffen, die ihm von außen ein neues Militärregiment,
eine Neuordnung und eine neue Regierung aufzuzwingen.
Daran können die Bolschewisten in Deutschland das Un-
glück erkennen, das sie mit ihrer Agitation für das deutsche
Volk vorbereiten beruhen. In spätestens 14 Tagen
wird es möglich sein, französische und englische Truppen
bis nach Berlin zu rufen und eine Regierung zu schaffen,
die wohl den Interessen unter bisherigen Gegner im
Kriege entspräche, auf die aber im Volke keinerlei Einfluß
möglich wäre.

Der Chef der Landgenossenschaft
ist nach einer Verordnung der preussischen Regierung dem
Ministerium des Innern unterstellt worden.

Die Offizierskader.
Wie die „Kreuzzeitung“ hört ist verfügt worden, daß
die Offiziere, Sanitätsoffiziere und Militärbeamten des
Reichsheeres und auch diejenigen, die vom Feldherrn
kommend, ihre Friedensposition oder den Demobilisierungs-
ort erreicht haben, vom 1. Dezember ab nur noch
das Friedensgehalt beziehen.

Sozialistischer Wirrtum in Bremen.
Die auf Antrag des unabhängigen Sozialisten Knief
abgehaltene Sitzung des Bremer A.-u. S.-Rates,
die einen sehr rühmlichen Verlauf nahm, beschloß gegen
den Antrag Knief mit 92 gegen 66 Stimmen ihr Ein-
treten für die Einberufung einer Nationalver-
sammlung. In dem darauf beschlossenen Beschlusse
wurde die Einberufung der Nationalversammlung auf Grund
der bürgerlichen Soldaten und Bevölkerung des in-
dustriellen Proletariats mit 100 gegen 90 Stim-
men und endlich auch auf Eintragung der sozialdemo-
kratischen „Bremer Bürgerzeitung“ zugunsten der un-
abhängigen und unabhängigen Sozialdemokraten mit 89
gegen 61 Stimmen. Der Soldatenrat verhielt sich
gegenüber der inquisitorischen Forderung auf
Eintragung der bürgerlichen Elemente und Bevölkerung
des industriellen Proletariats ablehnend, und hat sofort
die Bremer Arbeiter in Verteidigungszustand gesetzt. Es
ist noch nicht abgemacht, wie der Konflikt sich lösen wird.

Der Wortlaut des Berichtes des Kaisers.
Im aufgetragenen Mißverhältnis über seine Ab-
dankung zu begehen, hat Kaiser Wilhelm II. wie schon
früher mitgeteilt, in einer laudatorisch einmündigen Ur-
kunde auf die Rechte an der Krone Renuncié und der
damit verbundenen deutschen Kaiserkrone verzichtet. Die
Urkunde hat folgenden Wortlaut:
„Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte
an der Krone Preussens und die damit verbundenen Rechte
an der deutschen Kaiserkrone. Gleich enthält ich
alle Beamten des deutschen Reiches und Preussens
sowie alle Offiziere, Untertanen und Mann-
schaften der Marine, des preussischen Heeres und der
Truppen der Bundesstaaten des Reiches, die ich
für mich als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber
geleistet habe. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur
Neuordnung des deutschen Reiches den Inhabern der
tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das deutsche
Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der
Sündergänger und der Fremdberrschaft zu schützen.
Unerschütterlich unter meiner höchstpersönlichen Unter-
schrift und bezeugend meiner kaiserlichen Insignien.
Gegeben in Amerongen, den 28. November 1918.
Kaiser Wilhelm.“

Der Abschied des Hohenollerhauses.
Nach einer Korrespondenzmeldung wurde allen künig-
lichen Prinzen und Prinzessinen des Hohenollerhauses
das Verlassen des deutschen Bodens freigegeben. Ihre Ver-
mögenswerte blieben in Deutschland bis zur reichs-
gesetzlichen Regelung.

Sindenburg über den Zusammenbruch.
Wie aus Regensburg berichtet wird, gab der Reichs-
tagabgeordnete Dr. Wlas in einer Rede in Schönbau an
der Reichstagsversammlung, daß er über ein Verdröß
in Sindenburg: Der Marschall bemerkte, früher habe er in
seinem Lande etwas gepflanzt, heute wäre das vorüber. Er
habe aber das Empfinden, seine Pflicht getan zu
haben. Im Osten habe er den Feind geschlagen, im
Westen sei dieser fern gehalten vom deutschen Boden. Mehr
habe er nicht tun können. Das es anders kam, wer wisse,
was das gut sei.
Was der Marschall über das persönliche Verhältnis des
deutschen Volkes im gegenüber empfinden zu müssen
glaubt, ist durchaus nicht zutreffend. Das deutsche Volk
in seiner überwältigenden Mehrheit ist dem Marschall für
seine Taten in und nach diesem Kriege nach wie vor in
Ehre und Dankbarkeit dankbar, und gerade die Zeit
seines mannhaften Aushaltens auf seinem Posten auch
unter den heutigen Umständen hat für ihn dazu beigetragen
können, die Hochachtung vor diesem wirklich großen
Mann zu festigen.

Die Bewegung gegen Eisner.
Die Opposition gegen die Reichstagsabgeordnete Kurt Eisner
ist in Bayern in raschem Maße begriffen. Die Bauern-
schaft, die sich am 1. Febr. in der Versammlung und die Ge-
lehrten in Bayern, unter mehr dieser Entschlossenheit
drücklich zu sein. In dem neuen demokratischen Volks-
parlament hat bereits ein jenseitiger Ordnungsbund.
Auch die gesamte bürgerliche Presse nimmt scharf gegen
Eisner Stellung.

Die Berliner Soldatenräte
haben am Sonnabend wieder im Reichstagsgebäude getagt
und sich mit Erfolg dem Disziplin bei ihren Verhand-
lungen zu zeigen. Die radikalen Schieber hatten aber
auch aus dem leibschäftlichen Widerpruch, dem sie vor-
gebrungen begnügen, eine Lege sagen und hielten sich zu-
rück. Herr Weidner hat man nicht.
Am 1. Dezember 1918, Berlin, Signal, 1. Seite,
die nahezu einstimmig angenommen wurde. Sie fordert

die Einberufung der Nationalversammlung,
Lung, sobald sie technisch möglich ist, unter
der Befehlsmacht der Regierung von getrennt aus
spricht die Erwartung aus, daß bis zum Einmündigen
der Konstituente des Volk nur die bestehenden Konstitu-
tionen mit dem Geiste der sozialistischen Revolution er-
füllt werden.

Dieser Erklärung stimmte auch die große Mehrheit, die
am 1. Dezember im Reichstagsgebäude stand, des-
halb ist, weil der Schluß nicht von bisherigen Sozial-
reformmaßnahmen sondern nur von der Vorbereitung
der Nationalversammlung des Reiches ist. Das ist ein grund-
legender Unterschied gegenüber der Auffassung der „Frei-
heit“, wonach mit der Sozialisierung in weitem Umfange
sich der dem Einmündigen der Nationalversammlung
begonnen werden soll. Da jedoch nicht allein die Mehr-
heitssozialisten sondern auch die alten Theoretiker und
Sonderführer der Unabhängigen dringend vor gewalt-
tätigen Experimenten auf dem billigen reichsweiten wirt-
schaftlichen Boden gemahnt haben, so muß die
letztgenannten Beschränkungen vorläufig beibehalten.

Mit der Einberufung von Bayern für großzügige innere
Rekolonisation.

Aus Berlin wird gemeldet: Ein Aufruf Sinden-
burgs teilt mit, daß die Bayerischen in einem groß-
zügigen Anhebungsland im Gange sind, wobei auf
billig erworbenen Land mit billigen öffentlichen Geld für
Landwirte, Gärtner und ländliche Handwerker Grund-
besitzende von Stellen errichtet werden, für die städtischen
Arbeiter, Angestellten und Beamten und Angehörige der
Verwaltung, Arbeiter in Gewerkschaften und Garten-
betrieben, erhaltend und gesund erhalten werden. Die
Einkünfte werden übergeben werden. Der Aufruf schließt mit
der Aufforderung an die Kameraden, die bisher mit
Lobesverehrung und Dornen 50 Monate hindurch die
heimliche Erde schützten, das Vaterland nochmals durch
den Kampf der Nationalen und deutschen Ordnungsmacht zu
erhalten und sich die eigene Zukunft und das eigene Glück
zu bereiten.

Ein Aufruf des Sozialistenführers Bauer fordert die
aus dem Kriege beleimerten Kameraden und alle, die
auf dem Lande vor dem Kriege tätig waren, auf, in
den Städte und Industriegebiete, sondern auf, das
Land zu geben, wo mehrere Millionen Scharen Raum
für die Bevölkerung herbeigeführt werden. Auf dem Lande
es gibt überall Unterfunktion und Lohnarbeit. Die
Bewirtschaftung, weil mehr als eine Million Kriegsge-
fangener und Arbeiter ihre Arbeitsplätze ver-
loren. Die alten Unabnehmungen gegen die Arbeiter
und die Gefährdung sind außer Kraft gesetzt, die Ar-
beiter und Arbeiterklasse sind durch Tarifverträge
zwischen den Erwerbstätigen der Arbeiter und der
Arbeitgeber geregelt. Zur Herstellung der nötigen Woh-
nungen und zur Bereitstellung von Nachhilfe für den
Hausbesitz sind die Gemeinden verpflichtet werden.

Die innerpolitische Entwicklung.

Doch noch Verständigung der liberalen Parteien?

Aus Berlin wird gemeldet: Die Bestimmungen eine
Verständigung der nationalliberalen Partei mit der
fortschrittlichen Volkspartei herbeizuführen, die vor kurzer Zeit
als ausschließliche abgelehnt worden waren, hat neuer-
dings wieder aufgenommen worden und neben einem ein-
gütigen und freilich gerichteten Streik nicht erfüllt haben.
Wir möchten hier heute nicht näher auf diese Gründe ein-
gehen, sondern nur die Fortschrittlichen der Volkspartei
demokratischen Partei, die sich aus dem größten Teile der
ehemaligen fortschrittlichen Volkspartei und mehreren
ehemaligen nationalliberalen Abgeordneten zusammensetzt,
und der deutschen Volkspartei, welche bekanntlich aus der
nationalliberalen Partei unter Einwirkung von einigen
Fortschrittlichen gebildet wurde, haben sich zu
rationalen der leitenden Politiker in Berlin entgegen-
setzt, die in absehbarer Zeit zu positiven Resultaten führen
dürften.

Für den Zusammenbruch der Demokratie

tritt die „Völkische Zeit.“ in folgenden Ausführungen ein:
Aus einer sehr großen Zahl von Zuschriften aus allen
Teilen des Reichs ist zu entnehmen, daß Sorge und Er-
bitterung darüber herrscht, daß sich bis jetzt die Hoff-
nungen auf einen Zusammenbruch aller demokratischen
und freilich gerichteten Streik nicht erfüllt haben.
Wir möchten hier heute nicht näher auf diese Gründe ein-
gehen, die bisher dieser Einigung entgegenstanden. Es
genügt, darauf hinzuweisen, daß der Versuch, das Gros
der nationalliberalen Partei durch Überwindung der
notwendigen Führer der deutschen demokratischen Partei
bedingungslos zu unterstellen, als scheitert gleich nutz-
los. Es ist der nationalliberalen Partei gelungen, entgegen
den Erwartungen der Berliner Kreise, den Nachweis zu
liefern, daß sie die Organisationen im Lande im wesent-
lichen hinter sich haben. Der von ihnen gegründeten
deutschen Volkspartei haben sich die national-
liberalen Organisationen der Provinzen Ostpreußen,
Pommern, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen,
Sachsen, Mecklenburg sowie zahlreiche Organisationen
in Rheinland und Hessen mit weit über 1000 Vereinen an-
geschlossen. Unter diesen Umständen wäre zu befürchten, daß
die Verhinderung der entscheidenden freilich gerichteten
Parteien mit allen ihren lehrhaften Folgen verweigert
wird, falls es dem entschlossenen Willen der Wählermassen
nicht gelänge, die Führer der beiden Gruppen doch noch zur
Einigung zu zwingen. Splitterrichter auf der einen wie
auf der anderen Seite ist in der Vor der Stunde im
gleichen Grade verwerflich. Eine große Partei wird auf
ihren äußersten Prinzipien festhalten müssen haben, die
entweder in manchen Punkten nicht zugehen. Die
Hauptfrage ist, daß das Einigende nicht
über das Trennende gestellt wird und das
Persönliche nicht über das Sachliche. Wir
müssen uns eins mit der großen Masse der Demokratie
und liberalen im ganzen Reich, wenn wir auf die organi-
satorischen Stellen die dringende Aufforderung richten im
Interesse der Gesamtheit, im Dienst des ganzen deutschen
Volkes alle Kräfte zusammenzufassen und an das Werk des
Aufbaues, an die gemeinsame Arbeit für die
Nationalwahlen zu geben.

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhler
in Weisungen.
Verlag und Verlag von E. D. Köhler in Weisungen.

Die Rose von Dschlandur!!

Wegen Erkrankung des schigen... lacht sofort... in Mädchen auf Sand... zu erst bei Schmidt, Rot. Feldw. 4

Funkenburg.

Mittwoch den 4. Dez. abds. 7/8 Uhr

großes Militär-Streich-Konzert

ausgeführt vom gesamten Tomporkorps des aus dem Felde heimgekehrten aktiven Feldartillerie-Regiments Nr. 55, Naumburg (Leitung: Obermusikmeister Kohran).

Otto Trautwein.

Cinophon-Theater

Die Perlen des Maharadscha. Größtes Sensationschauspiel in 4 Akten mit Hugo Flink und Viktor Janson. „Und wenn der Filder bihh“ Die Spur des Todes.

Kammer-Lichtspiele!!

Ab Dienstag bis Donnerstag: „Safans Opfer!!“ Ein tief zu Herzen gehendes, ergreifendes Drama in 6 Akten.

Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Hundstuden beliebter Truppenteile haben Vameigen erhalten, die Hunde unmittelbar ihren Besitzern gegen Ermöglichtung zu überlassen.

Nachrichten-Mittelprüfungs-Kommission Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichten-truppen), Charlottenburg, Anhalterstr. 13, 4. Etage.

Aufwartung Die Rose von Dschlandur!!

Schulungen Junges Mädchen als Laufjungen zur Hilfe im Laden

Otto Bretschneider, O to Bretschneider, Eisenwarenhandlung, Eulentw. Haus- u. Röhrengeräte.

Table with lottery results: Gewinn-Auszug der 12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie 6. Klasse 1a. Ziehungstag. 23. November 1918.

Table with lottery results: Gewinn-Auszug der 12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie 6. Klasse 1a. Ziehungstag. 30. November 1918.

Table with lottery results: Gewinn-Auszug der 12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie 6. Klasse 1a. Ziehungstag. 30. November 1918.

Table with lottery results: Gewinn-Auszug der 12. Preuss.-Südd. (238. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie 6. Klasse 1a. Ziehungstag. 30. November 1918.

Die Rose von Dschlandur!!

Tivoli-Theater

Merseburg, Direkt. Kurt Dechant, Dienstag den 3. Dezember 1918, abends 7/8 Uhr, Auf vielseitigen Wunsch! Paul und Pauline, die beiden Ausreißer.

Kaiser-Panorama

Kaiser-Wilhelmshalle (Görlitzer Straße), Täglich geöffnet von nachmittags 3 bis 6 Uhr abends.

Heidelberg und das Neckartal.

Tischlerlehrling auf od. Offern, Perh, Breite Str. 3.

Buchhalterin

Verkäuferin zur Aushilfe, stellt ein Wilhelm Köhler.

25 Erdarbeiter

stellt sofort ein, Meldungen auf meinem Baubüro Kolonie Rössen, Paul Reinitz, Straßenbau-Unternehmer, Galie a. Saale.

Gärtner oder Gartenarbeiter

stellt noch ein, Luchterstraße 21, part. Lehrling, sofort gesucht, Otto Zinsly, Bäckermstr., Nr. 41.

Ganbare Anfertigung

für Mittwochs und Sonntags geücht, Dienstmädchen vorhanden, Adler-Druckerei, Entenland.

Verloren

am Sonntags zwischen 6-7 Uhr abends ein braunes Portemonnaie mit Inhalt und Bild eines Gefallenen, Gegen hohe Belohnung abzugeben, Hauptkammer 26 Pl., Sonntag früh 3 Schlüssel mit Ring verloren, Roter Bräutigam, Bahnhofsanger, Gegen Belohnung abzugeben, Lützenstr. 14, 2. Et., Zwei Pferdechen gefunden, Hühnerland, Johannstr. 3, 2. Et., Die Rose von Dschlandur!!

